

Editorial

Der Risikostrukturausgleich (RSA) in der gesetzlichen Krankenversicherung ist sicher eine der kompliziertesten Konstruktionen, die sich der Gesetzgeber ausgedacht hat, um Gerechtigkeit und Gleichheit im System der sozialen Sicherung herzustellen. Ob das gelungen ist, sei dahin gestellt. Es gibt genügend Kritiker.

Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) wurde nun eine Erweiterung des RSA mit einer direkten Erfassung der Morbidität beschlossen. Überspitzt könnte man sagen: Wenn zuvor nur ein paar wenige Experten in Deutschland den RSA verstanden und durchschaut haben, so wird es künftig wohl niemanden mehr geben, der das Konstrukt erklären können.

In diesem Heft findet sich ein Beitrag zu dieser Thematik, in dem sich der Autor sehr kritisch mit den Steuerungseffekten des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs auseinandersetzt und zur Diskussion herausfordert. Gegenreden sind also durchaus erwünscht. Zumal im selben Heft von Bestrebungen in unseren Nachbarländern berichtet wird, Gesetze wieder so einfach zu gestalten, dass nicht nur Experten diese verstehen.

Jürgen Stoschek
Josef-Jägerhuber-Straße 4
82319 Starnberg

„Good Governance“ und deutsche Gesundheitspolitik

Qualität politischer Steuerung aus verfassungsrechtlicher Sicht
Udo Steiner 3

Übersicht

Demografieinduzierte Multi-Morbidität – Komplexe Leistung im DRG-Vergütungssystem
Norbert Wrobel 7

Forschungs- und Entwicklungspflicht als Nachfolger der Anschubfinanzierung Integrierte Versorgung?
Helmut Hildebrandt, Thomas Kolzau, Christoph Bischoff-Everding 11

Zur Diskussion gestellt

Konsequente Morbiditätsorientierung im Risikostrukturausgleich: Warum der geplante M-RSA den wirklich Kranken schadet
Andreas Meusch 15

Mitteilung der Gesellschaft

15. Mitgliederversammlung der GRPG und wissenschaftliches Symposium
Jürgen Stoschek 20

Aus den Arbeitsgruppen

Marken und Markenkommunikation in den neuen Versorgungsformen: eine Notwendigkeit oder Geldverschwendung?
Renate Müller 21

Wissenschaftspreis im Gesundheitswesen

Die Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG) hat sich die Förderung des interdisziplinären Austausches und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf den verschiedenen Gebieten des Gesundheits- und Sozialrechtes aber auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik zum Ziel gesetzt. Durch eine Vertiefung rechtlicher, volkswirtschaftlicher, ethischer und medizinischer Gesichtspunkte will die GRPG zu einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses im Gesundheitswesen beitragen.

Zu diesem Zweck hat die GRPG einen Jahrespreis in Höhe von 2500 Euro für herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgeschrieben, der bevorzugt an Nachwuchswissenschaftler vergeben wird. Das Thema der Arbeit soll den Zielen der GRPG entsprechen. Die Annahme des Preises verpflichtet zur Erstpublikation der Arbeit oder deren Zusammenfassung in der Zeitschrift „Recht und Politik im Gesundheitswesen“. Sie darf in gleicher oder ähnlicher Form nicht bereits andernorts publiziert sein.

Die Arbeiten müssen beim Präsidium der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG), Widenmayerstraße 29, 80538 München, bis spätestens zum 31. Mai des laufenden Jahres eingegangen sein.